

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Kurt Gscheidle, Bundespostminister, erläutert die Behindertenfürsorge der Deutschen Bundespost: Seit über 100 Jahren.
Seite 1

Klaus-Dieter Osswald MdB befürwortet Modellversuche in der Bildungspolitik: Ein unverzichtbares Mittel für Qualitätsverbesserung.
Seite 4

Georg Bamberg MdB setzt sich dafür ein, die Bereitschaft zur Organ spende zu fördern.
Seite 5

Dokumentation:
Egon Bahr anlässlich des 13. August: Vernunft, Interesse und politische Selbstbestimmung müssen zu ihrem Recht kommen.
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 154

17. August 1981

Seit über 100 Jahren

Behindertenfürsorge gehört zum Programm der Deutschen Bundespost

Von Kurt Gscheidle
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1981 zum "Internationalen Jahr der Behinderten" erklärt. Damit uns bewußt wird: Wir alle, nicht nur die Organisationen der Behinderten, Verbände, Kommunen, die Bundesregierung die Bundesländern, die Rundfunk- und Fernsehanstalten und die Presse sind aufgerufen, die Lebenssituation der Behinderten unter uns verbessern zu helfen. Auch die Deutsche Bundespost leistet ihren Beitrag dazu.

Im Rahmen der sozialen Verpflichtungen, die die Deutsche Bundespost hat, habe ich die Fürsorge für die Schwerbehinderten stets als eine besonders wichtige Aufgabe angesehen.

Innerbetriebliche Maßnahmen

Die Deutsche Bundespost ist nach dem Schwerbehindertengesetz - wie jeder private und öffentliche Arbeitgeber - verpflichtet auf sechs Prozent ihrer Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Für die Einstellung behinderter Arbeits- und Nachwuchskräfte wurden leichtere Bedingungen geschaffen und die Arbeitsplätze mit technischen Arbeitshilfen ausgestattet. Obwohl die Beschäftigung behinderter Kräfte wegen der Anforderung in den Betriebsdienststellen, wie zum Beispiel Fernmeldebau und Bahnpostdienst, nicht so einfach ist, wie bei Behörden mit reinen Verwaltungsaufgaben, ist es gelungen, daß durch das Schwerbehindertengesetz vorgeschriebene Soll von sechs Prozent bei uns zu überschreiten. Mit rund 32.000 Schwerbehinderten, darunter 2.500 Schwerstbehinderte, liegt der Anteil der Post derzeit bei 6,5 Prozent.

Aber Fürsorge erschöpft sich nicht darin, Behinderte einzustellen. Vielmehr wird versucht, sie so zu beschäftigen, daß sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst voll verwerten und weiterentwickeln können.

Zur Wahrnehmung ihrer Interessen werden bei der Deutschen Bundespost Vertrauensmänner der Behinderten gewählt. Von ihnen hängt in erheblichem Maße der Erfolg der Schwerbehindertenfürsorge ab. Weiterhin fördern wir die Schwerbehindertenvermittlung auf dem Lande. So habe ich angeordnet, daß alle freier-



denden Poststellen grundsätzlich Schwerbehinderten zu übertragen sind. Die Hauptfürsorgestellen und die Landesarbeitsämter wurden gebeten, uns dabei zu unterstützen und geeignete Bewerber zu ermitteln.

Anlässlich des Internationalen Jahres der Behinderten habe ich bei der Arbeitsgemeinschaft der Post-Sportvereine angeregt, einen Sporttreff für die bei der DBP beschäftigten Behinderten auszurichten. Mehr als 500 behinderte Mitarbeiter der DBP nahmen vom 18. bis 20. Juni 1981 in Heidelberg zusammen mit ihren Familienangehörigen an diesem Sporttreff teil.

Die Richtlinien für die Schwerbehindertenfürsorge bei der Deutschen Bundespost aus dem Jahre 1968 sind eine zusammenfassende, die Verhältnisse bei der Deutschen Bundespost berücksichtigende Darstellung des Schwerbehindertenrechts und der betrieblichen Schwerbehindertenfürsorge. Diese Richtlinien hatten das Ziel, die Arbeitsbedingungen, Berufsförderungsmaßnahmen und sozialen Leistungen für die bei der Post beschäftigten Schwerbehinderten zu einer zeitgemäßen, übersichtlichen und angemessenen Weise zu regeln.

Maßnahmen für behinderte Postkunden

Auch den Behinderten unter unseren Kunden galten unsere verstärkten Bemühungen in der letzten Zeit.

Bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Dienstgebäuden wurden die Interessen der behinderten Mitbürger berücksichtigt. Hier handelt es sich im wesentlichen um

- behindertengerechtere Zugänge zu den Schalterhallen und Postdienstgebäuden mit Publikumsverkehr,
- behindertengerechte Telefonstellen in Schalterräumen,
- ausreichend bemessene und behindertengerechte Verkehrswege in Dienstgebäuden,
- behindertengerecht ausgestattete Sanitärräume,
- Pkw-Stellplätze im Bereich der Parkflächen,
- Kennzeichnung der Zugänge, Sanitärräume, Parkflächen und so weiter mit internationalen Bildzeichen.

Allein für diese Maßnahmen im Hochbaubereich wendet die Post jährlich zwischen zehn und 15 Millionen DM auf.

Die Hilfen der Deutschen Bundespost für behinderte Menschen erstrecken sich aber auch auf andere Bereiche des Post- und Fernmeldewesens. Sie gelten im gleichen Maße für ältere und sozial schwache Mitbürger. Was die Deutsche Bundespost in den Jahren für behinderte Menschen getan hat, kann sich sehen lassen. Der folgende Katalog soll dies verdeutlichen.

Im Postbereich

- Gebührenbefreiung im Postreisedienst für Schwerbehinderte,
- sozialer Auftragsdienst für ältere, hilfsbedürftige Mitbürger (versuchswise seit 1978)
- Einführung von Blindensendungen (seit 1867),
- Ausgabe von Schablonen zum Ausfüllen von Postschecks und Überweisungen für Schwerbehinderte und Blinde (seit 1979 beim Postscheckamt Essen),
- Rentendienst (seit 1881).

Im Fernmeldebereich

- Fernsprechauben für Rollstuhlfahrer (seit 1976),
- Fernwahlmünzer 20 - Tastwahl (seit 1977),
- öffentliche Sprechstellen für Hörbehinderte mit Hörgeräten (seit 1980),
- Telefonapparate mit Tastenfeld (seit 1977),
- Telefonhäuschen für Rollstuhlfahrer und andere Behinderte (seit 1980),
- optische und akustische Anlagen (seit Jahrzehnten),



- Telefon-Handapparat mit ausgeprägt großem Tastenfeld (seit 1981),
- private Zusatzeinrichtungen, zum Teil nur für Behinderte (seit vielen Jahren),
- vorrangige Herstellung von Fernsprechhauptanschlüssen für Schwerkranke und besonders schwere Pflegefälle (seit 1973),
- Sozialanschluß für Personen mit bestimmten schweren körperlichen Behinderungen oder mit geringem Einkommen (seit 1974) mit Ersparnissen von 90 DM bei der Anschließungsgebühr und fünf DM bei der monatlichen Grundgebühr,
- 30er-Anschluß beim Nahdienst für alleinstehende ältere oder kranke Mitbürger (seit 1978, wirksam seit 1980) mit monatlich zusätzlich 30 freien Gebühreneinheiten.

Mitte März wurde in Berlin ein neuer Telefonapparat vorgestellt, der sich noch in der Entwicklung befindet und der Bürgern mit schweren oder schwersten Behinderungen das Telefonieren erleichtern oder überhaupt erst ermöglichen soll. Darüber hinaus kann der Benutzer mit den Tasten des Telefons über ein anschaltbares Ergänzungsgerät externe Geräte und Einrichtungen bedienen.

Dieser Telefonapparat ist besonders für Telefonkunden gedacht, die ihre Arme und Hände kaum bewegen können, nur über geringe Kräfte verfügen oder zur Bedienung des Telefons einen Mundstift benutzen müssen. Die großen Tasten ermöglichen auch jenen die Benutzung, die aufgrund ihrer Bewegungsstörungen die kleineren Tasten anderer Apparatetypen nicht sicher bedienen können.

Außerdem können über das Ergänzungsgerät die Beleuchtung, das Rundfunkgerät, der Türöffner und andere elektrische Geräte und Einrichtungen ein- und ausgeschaltet beziehungsweise betätigt werden. Der Telefonapparat für Behinderte wird von der Post in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum für Rehabilitation und Prävention in Heidelberg entwickelt und kann voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres bei der Post bestellt werden.

Aus dieser umfangreichen Palette von Maßnahmen möchte ich den Telefonsektor herausgreifen. So bietet die Post seit April 1980 für Hörbehinderte Telefonhörer mit Hörverstärker oder mit Magnetfelderzeuger für Hörgeräte an. Magnetfelderzeuger werden auch bei den Postämtern mit mehr als einer Sprechstelle Zug um Zug eingebaut. Die öffentlichen Sprechstellen werden in zunehmender Zahl behindertengerecht installiert. Fast 2.300 öffentliche Sprechstellen sind behindertengerecht in Fernsprechhäuschen, Fernsprechzellen und Fernsprechhauben untergebracht oder ohne besondere Unterbringung zugänglich. Gegenüber Ende 1978 konnte erfreulicherweise die Zahl dieser Telefoneinrichtungen mehr als verdoppelt werden. Daneben gewährt die Post behinderten, älteren und sozial schwachen Telefonkunden unter besonderen Voraussetzungen Vergünstigungen bei den Telefongebühren (Sozialanschluß und 30er Anschluß).

Seit vielen Jahren macht sich die Deutsche Bundespost Gedanken, wie sie den Behinderten helfen kann. Sie erleichtert den Behinderten den Zugang zu ihren Einrichtungen, und für die Benutzung werden in immer größerem Umfang Geräte angeboten, die den Behinderungen entsprechend entwickelt wurden. Viele Behinderte haben bei der Deutschen Bundespost Ausbildungs- und Arbeitsplatz gefunden. Diesen Weg wird die DBP auch in Zukunft weiter fortsetzen.

(-/17.8.1981/hj/ca)

+ + +



Die Bildungspolitik benötigt Modellversuche**-----
Ein unverzichtbares Mittel für Qualitätsverbesserung**

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses Bildung und Wissenschaft

Die jetzt veröffentlichte Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen von SPD und FDP zu Modellversuchen im Bildungswesen (Drucksache 9/567) zeigt deutlich, daß bildungspolitische Modellversuche ein unverzichtbares Mittel einer auf ständige Qualitätsverbesserung zielende Bildungspolitik sind. Sie liegen im Interesse von Schülern, Auszubildenden, Studenten, ihren Eltern, den Lehrern und Erziehern. Weil Erfahrungen und Vorstellungen der Betroffenen frühzeitig miteinbezogen werden, geben Modellversuche Entscheidungshilfen für die Fortentwicklung des Bildungswesens. Gleichzeitig sind sie eine wesentliche Grundlage für koordinierte Bildungsplanung in einem föderativ aufgebauten Staatswesen und erlauben es, rechtzeitig Probleme aufzuarbeiten und Wege zur Lösung von anerkannten Zukunftsaufgaben zu finden. Dies gilt zum Beispiel für die Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Dabei ist Richtschnur Stetigkeit und Behutsamkeit im Wandel, Sicherung pädagogischen und erzieherischen Freiraums, Zuwendungen zum einzelnen und humane Wertorientierungen.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht deutlich hervor, daß für die insgesamt 1.369 Modellversuche und wissenschaftlichen Begleitungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in den Bereichen Kindergarten/Schulbereich einschließlich schulischer beruflicher Bildung (ohne Lehrerausbildung in Hochschulen) von 1971 bis 1980 Bundesmittel von 736,1 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden.

Die Bundesmittel für 166 Modellversuche im Hochschulbereich der Kommission beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 142,6 Millionen DM. Darüber hinaus bestehen 225 Modellversuche in der ausbildenden Wirtschaft ("Wirtschaftsmodellversuche") mit Bundesmitteln von insgesamt 53,2 Millionen DM.

Bei der Umsetzung von Modellversuchen ist grundsätzlich davon auszugehen, daß die Ergebnisse von bildungspolitisch wichtigen Vorhaben bei entsprechenden Regelungen in Bund und Ländern berücksichtigt werden. Nach allen Erkenntnissen hat die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis der Länder im Schulbereich die Erfahrungen im großen Umfang genutzt.

Bei den zukünftigen Modellversuchsvorhaben haben sich die veränderten Rahmenbedingungen bereits im Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes niedergeschlagen. Unter anderem enthält er Hinweise

- für Modellversuche zur Förderung von Ausländerkindern,
- für eine Früherkennung und Frühförderung von Behinderten,
- zur Aufrechterhaltung eines wohnnahen Angebotes und des Fachunterrichts in Beruflichen Schulen,
- für die Entwicklung des Grundangebotes in der Weiterbildung.

Darüber hinaus berücksichtigen die veränderten Rahmenbedingungen im Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes aber auch Probleme der demographischen Entwicklung oder Fragen Neuer Medien.

Bei der Vielzahl der beschriebenen Anknüpfungspunkte wird auch künftig - vor allem durch den enger gesteckten Finanzrahmen - eine systematische Konzentration der Förderung auf die wichtigsten Fragen notwendig sein.

Eine sich an den gesellschaftlichen Problemen konkret orientierende Bildungspolitik ist auf Modellversuche unabdingbar angewiesen. Das sollte auch alle diejenigen vor Augen stehen, die mit vordergründigen Argumenten versuchen, die Modellversuchspolitik in Mißkredit zu bringen. Das hilft am aller wenigsten denjenigen, um die es geht: den Lernenden.



Bereitschaft zur Organspende fördern

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Nachdem die Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes über Eingriffe an Verstorbenen zu Transplantationszwecken (Transplantationsgesetz) in der vergangenen Legislaturperiode nicht zu Ende geführt worden sind und die Öffentlichkeit dieses Thema stärker wieder aufgreift, ist es an der Zeit, sich erneut dieses Gesetzesvorhabens anzunehmen.

Die Diskussion unter den Parteien und in der Öffentlichkeit war insbesondere vom Streit um die "Einwilligungs-" oder die "Widerspruchslösung" geprägt. Nach Auskunft des Bundesjustizministeriums hat die Bundesregierung ihr Eintreten für eine Widerspruchslösung nicht aufgegeben. Wenn dennoch der Entwurf des Transplantationsgesetzes derzeit nicht erneut in die parlamentarische Beratung eingebracht wird, so beruht das darauf, daß vor allem aus Kreisen der mit Transplantationsfragen besonders befaßten Ärzte das Bedürfnis für eine gesetzliche Regelung verneint wird. Nach Meinung der Bundesärztekammer soll zunächst eine Besinnungspause eintreten. Damit ist jedoch keine Behinderung der bisherigen Möglichkeiten der Organtransplantation gemeint.

Man sollte sich deshalb im Augenblick noch vorrangig darum bemühen, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit - wie sie zum Beispiel auch von dem Arbeitskreis Organspende geleistet wird - die Bereitschaft zur Organspende zu fördern. In diesem Zusammenhang ist die grundsätzliche Bereitschaft des Bundespostministers, Organspendeausweise an allen Postschaltern auslegen zu lassen, sehr zu begrüßen.

Die bisher erfolgte Öffentlichkeitsarbeit scheint auch nicht ohne Erfolg zu sein. Im Jahre 1980 hat sich zum Beispiel die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Nierentransplantationen gegenüber 1979 deutlich erhöht. Speziell für Bayern hat erst am 10. Juni 1981 Professor Land vom Transplantationszentrum München, Klinikum Großhadern, hervorgehoben, daß man bei der Organbeschaffung in den letzten Jahren deutliche Fortschritt gemacht habe.

In Hinblick auf diesen Anstieg der Transplantationen und auf die Stellungnahmen der Ärzteschaft hat der damalige Bundesjustizminister Dr. Vogel im Januar 1981 erklärt, es sei nicht sinnvoll, gegen eine Ärzteschaft ein Gesetzesvorhaben durchführen zu wollen, die sagt, sie brauche kein Gesetz und die Zahl der Transplantate sei befriedigend.

Gleichwohl sollte eine gesetzliche Lösung gefunden werden, die den vielen Wartenden endlich berechtigte Hoffnung auf ein größeres Angebot an Organspenden geben kann und parallele Bestrebungen in den Ländern der EG unterstützt. (-/17.8.1981/hi/ca)

+

+

+



Dokumentation:

Anlässlich einer Veranstaltung zur Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr, Vorsitzender des Unterausschusses Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses, in Berlin ein Referat gehalten, dessen aktuellen Teil wir im folgenden wiedergeben:

Vernunft, Interesse und politische Selbstbestimmung müssen zu ihrem Recht kommen

Wir werden von der Sowjetunion kritisiert, wir werden von Amerika kritisiert. Die einen sagen: "Ihr lebt seit 20 Jahren mit den Raketen SS.4 und SS 5. Jede davon trägt die Zerstörungskraft einer Megatonne, also die Zerstörungskraft von 50 Hiroshima-Bomben. Die SS 20 ist moderner, kleiner und genauer und plötzlich regen sich die Deutschen wegen Mittelstreckenraketen auf". Die anderen sagen: "Was sprecht Ihr über die Unmenschlichkeit der neuen kleinen Waffen, während Ihr mit der Unmenschlichkeit der großen schmutzigen seit mehr als 20 Jahren gelebt habt. Das Moskau so unchristlich ist, uns vorzuwerfen, daß wir uns nicht an das Übel gewöhnen, wundert weniger als solche Töne aus Washington. Die Sache ist leider auch nicht die Satire, die es scheint, wenn die einen sagen, sie hätten nur Friedenswaffen und die anderen sagen, sie hätten nur Verteidigungswaffen. Födlisch sind alle.

Was wir von den Führungsmächten aus Ost und West hören, ist die Arroganz der Macht und in ihr klingt die Arroganz der Sieger nach. Was Macht bedeutet, haben wir gelernt und die Anerkennung von Realitäten auch. Wir haben auch gelernt, mit dem Gleichgewicht des Schreckens zu leben, und - nicht erst seit dem 13. August - gesehen, daß es die Ohnmacht der Mächtigen, die Schwäche der Starken ist, Probleme zu lösen. Wir haben erlebt, daß kleine Schritte der Zusammenarbeit besser sind, als große Worte der Abgrenzung. Wir sind den Weg gegangen, durch Verhandlungen mit Moskau den Raum zu schaffen, den andere schon hatten. Und da die Deutschen eben nicht brüderlich und schwesterlich miteinander umgehen konnten - vom Wollen ist hier nicht die Rede - blieb nichts als die völkerrechtliche Form. Wir haben dabei als Bundesrepublik Deutschland auch der DDR geholfen, welt-politisches Gewicht zu bekommen. Das Gewicht der Bundesrepublik ist in den letzten zwölf Jahren gewachsen, politisch und wirtschaftlich und dem entspricht auch eine gewachsene Verantwortung.

Verantwortung hat einen Zwilling: Er heißt Selbstbestimmung.

Das Jahr 1945 brachte deutsche Verantwortung und deutsche Selbstbestimmung auf annähernd null. Beides wuchs. Chruschtschow hat dem Botschafter Kroll gegenüber betont, er trage die Verantwortung für den Bau der Mauer. Ulbrichts Schultern seien dafür zu schmal. Die Deutschen waren Durchführer, verlängerte Arme Anreger, Mahner, zum Guten wie zum Bösen. Je williger sie Verantwortung übernahmen, umso mehr stieg ihre Mitbestimmung. Mitbestimmung und Verantwortung sind kommunizierende Röhren. Wo wüßte man das besser, als in Berlin, wo die Sieger zu Beschützern wurden, deren originäre Rechte mit ihrer Verantwortung korrespondieren, weiterhin übergeordnet auch der gewachsenen deutschen Selbstbestimmung.

Als Amerikaner und Russen sich über das Ende der Blockade verständigten und den Zustand von vorher wiederherstellten, blieben die deutschen Rechte unberücksichtigt und ungeregelt. Als die Mauer gebaut wurde, die versteinerte Markierung amerikanischer und sowjetischer Machtgrenzen in der Mitte Europas, litten darunter die Deutschen. Als wir über den Moskauer Vertrag verhandelten und klar machten, daß unser Verhältnis zu Moskau nicht zu verbessern ist, wenn nicht eine Verbesserung in Berlin damit einhergeht, daß wir aber nicht über Berlin verhandeln können, kam es zu den Gesprächen der Vier-Mächte.

Das Vier-Mächte-Abkommen ist eine große Sache. Nicht nur, weil es für die Stadt und ihre Menschen mehr Stabilität und Sicherheit gebracht hat, sondern auch, weil es in der Nachkriegsgeschichte den Augenblick festhält, in dem die Sieger nicht mehr imstande waren, im Mittelpunkt Europas Deutschlandregelungen vorzunehmen, ohne die beiden deutschen Staaten zu beteiligen. Henry Kissinger hat in seinen Erinnerungen sehr interessant darüber geschrieben, daß manchmal schwer festzustellen war, wo eigentlich die Führung der

komplizierten Verhandlungen lag. Und ein kluger Journalist hat damals gefragt, was denn passieren würde, wenn sich die beiden deutschen Staaten nicht über das Transit-Abkommen verständigen würden. Die Antwort war einfach: "Dann wird es kein Vier-Mächte-Abkommen geben." Die Vier-Mächte konnten nicht ohne die Deutschen und die Deutschen konnten nicht ohne die Vier-Mächte. Gegenseitige Abhängigkeit, gegenseitige Mitbestimmung, gegenseitiger Verantwortung. Die deutsche Selbstbestimmung und die deutsche Verantwortung waren gleichermaßen gewachsen. Und da ist sie nun, in Bonn, wie in Ost-Berlin, in beiden deutschen Staaten im Jahre 1981, wann wir über Raketen und Atomwaffen sprechen.

Auf diesem Gebiet hat sich kaum etwas geändert. Da sind die Deutschen verlängerte Arme, Anreger, Mahner, aber sie wollen nicht nur Durchführer sein. Die Verantwortung der Vier-Atom-Mächte ist so gut wie ungeteilt. Der Mangel an deutscher Selbstbestimmung ist so gut wie vollständig. Das kann und wird nicht so bleiben. Deutsche Ansprüche über alles zu stellen, ist Europa schlecht und uns schlecht bekommen; die Interessen der Atom-Mächte über deutsche Interessen zu stellen, würde Europa und natürlich auch uns nicht bekommen.

Die Antwort auf die Kritik aus Moskau und Washington, daß wir über Atomwaffen reden, über die wir früher nicht geredet haben, lautet einfach: "Wir wurden nicht gefragt, als dieses Rennen begann". Aber was die Fortsetzung, die Modernisierung angeht, muß man uns fragen. Wir werden uns unserer Selbstbestimmung bewußter, jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland.

De Gaulle hat erkannt, daß die letzte Souveränität eines Staates heute darin besteht, über die letzte und äußerste Waffe zu verfügen, die Atomwaffe. Der Befehl, sie einzusetzen ist eine Frage der Existenz eines Staates und deshalb ist es verständlich und logisch, daß keine Atom-Macht die Verantwortung für diesen Einsatz teilt. Das wird sich auch nicht ändern, weil kein Atom-Staat seine Existenz von der Mitbestimmung eines Nicht-Atom-Staates abhängig machen kann. Wenn der amerikanische Verteidigungsminister kürzlich erklärt hat: "Selbst der engste Verbündete kann der amerikanischen Regierung nicht die Entscheidung abnehmen, was für die in Europa stationierten amerikanischen Soldaten das Beste ist", so spricht daraus nicht nur die Arroganz der Macht, sondern auch das Bewußtsein einer unteilbaren Verantwortung. Und aus Paris, London und Moskau hört man nichts anderes. Die Vier Mächte haben ihre originären Rechte über Deutschland gewonnen, bevor ihnen die Macht zuwuchs, zu den Vier Atom-Mächten zu werden, die für uns wichtig sind.

Wenn in Amerika gefragt wird, ob uns bewußt sei, was wir eigentlich verlangten, wenn wir die Bürgerschaft der Existenz jenes mächtigen und stolzen Staates erwarten und seiner overkill-Fähigkeiten, so können wir nur sagen: "Ja, wir wissen es". Wir wußte es immer, von der Zeit der Blockade her, des ersten Ultimatums gegen Berlin, des Mauerbaus bis zum heutigen Tage. Wer die Verantwortung der Schutz- und Führungsmacht hat, dessen Bürgerschaft wiegt nur so viel, wie seine Bereitschaft glaubwürdig bleibt, notfalls die eigene Existenz zu wagen. Aber der Unterschied ist, daß Amerika entscheidet und wir nicht. Und mit seiner Entscheidung entscheidet es auch über unsere Existenz und wir nicht. Wer die Verfügungsgewalt über Atomwaffen hat, entscheidet auch über die Verbündeten und ihre Existenz. Die Umkehrung gibt es nicht. Und so ist es denn nur folgerichtig, daß keine NATO-Strategie den Automatismus vorsieht, sondern die Entscheidung dem amerikanischen Präsidenten vorbehalten, wann und wie weit er jene Schwelle überschreiten will, hinter der jedenfalls unsere Existenz beendet ist, aber vielleicht auch die anderer. Hier enden auch deutsche Selbstbestimmung und Verantwortung. Und den Schutz des Bündnisses können wir nicht entbehren, solange das Bündnis und seine Macht im Osten ist, wie es ist. Daß weiß man gerade in dieser Stadt. Beide Bündnisse garantieren die Stabilität in Europa und sind damit starke friedenserhaltende Faktoren. Durch Vertrag und Überzeugung bleibt den Deutschen der Weg zur atomaren Selbstbestimmung versperrt. Wir haben gelernt, was Macht und Realität bedeuten. Wir haben aber eben auch gelernt, auf dem Weg von Mauer über Vier-Mächte-Abkommen bis zum Grundlagenvertrag, das Konfrontation schwächer ist als Zusammenarbeit. Politik ist die Kunst, den Weg aus der Sackgasse der immer weitergehenden Rüstung zu finden. Und hier beginnt die Fortsetzung, deutsche Selbstbestimmung und Verantwortung weiter zu entwickeln.

Wenn Amerika entscheidet, was seine Interessen verlangen, so entscheiden wir, was unsere Interessen verlangen. Im Bündnis muß das auf einen Nenner gebracht werden, sonst fault es im Kern. Die Führungsmacht darf die Zustimmung der Partner nicht zur Formsache oder zu einer politischen Kosmetik degradieren.

Wenn Weinberger sagt, die USA entscheiden, was für amerikanische Soldaten bei uns das Beste sei, so ist er juristisch im Recht. Aber für die Durchführung dieses Satzes müßte er sich auf den Truppenvertrag berufen und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen in eine Zeit, als wir die Fremdbestimmung des revidierten Besatzungs-Status hinter uns ließen und in eine begrenzte Selbstbestimmung kamen, die später politisch erweitert wurde. Wenn die Bundesregierung in ihrer vornehmen Art betonte, sie gehe davon aus, daß die Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden auch bei amerikanischen Truppen mit ihr konsultiert werde, so bedeutet das, daß die Freundschaft, wie sie sich zu den USA entwickelt hat, die Berufung auf besatzungsrechtliche Relikte verbietet. Ich sage das gerade in Berlin, wo Amerikaner und Deutsche gelernt haben, das verlässliche Freundschaft wichtiger ist, als der völkerrechtliche Status.

Rechtlich könnten die USA Neutronenwaffen nach Berlin bringen, kein Zweifel; politisch könnten sie sie nicht einmal nach Berlin bringen. Auch kein Zweifel. Wer in diesen Tagen die Argumente verfolgt, die zu gunsten der Neutronenwaffe angeführt werden, also: Sie sei am besten gegen übermächtige konventionelle Angriffe, besonders gegen Panzer und damit friedenssicher, der sieht die Brüchigkeit dieser Argumentation, wenn er fragt, warum dann keine Neutronenwaffen nach Berlin? Das politische Gewicht dieser Waffe ist größer als ihre militärische Bedeutung.

Nun hat Weinberger es als ironisch bezeichnet, daß Gegner der Neutronenwaffe sie als unmoralisch bezeichnen; tatsächlich werde durch dieses Waffensystem die Sicherheit der demokratischen Staaten erhöht und damit die Möglichkeit gegeben, sich über Moral zu unterhalten. Dieses Argument hat die gleiche unwiederlegliche Durchschlagskraft, wie die Frage, wieviel Divisionen denn der Papst habe. Nicht diese Dimension steht heute zur Diskussion, sondern die militärische und politische.

Militärisch hat der bayerische Ministerpräsident recht und die Logik auf seiner Seite, wenn er sagt, daß die Bundeswehr damit ausgerüstet werden müßte. Denn wenn die Neutronenwaffe gegen Panzer gut sein soll, muß sie dort sein, wo Panzer kommen können und das ist norddeutsche Tiefebene und dort stehen kaum amerikanische Verbände. In diesem Punkt ist sich Strauß mit der Sowjetunion einig, woraus ich nur den Schluß ziehen will, daß sogar sowjetische Argumente zuweilen richtig sein können. Man kann sogar noch schärfer formulieren: Alle Argumente für die Neutronenwaffe machen keinen Sinn, wenn sie nicht in die Bundeswehr eingeführt wird. Hier wird überdeutlich, welchen militärischen und politischen Zwang technische Qualitäten einer Waffe ausüben, es sei denn, man sagt nein und unterwirft sich nicht der Fremdbestimmung durch eine Waffe, sondern sagt, Vernunft, Interesse und politische Selbstbestimmung müssen zu ihrem Recht kommen.

Politisch ist der bayerische Ministerpräsident veraltet; denn in der Atomfrage funktioniert das Adenauer-Rezept nicht mehr, daß wir um so mehr Mitbestimmung erhalten, je williger wir mittun. Die Stationierung zu fordern, die die Amerikaner nicht oder noch gar nicht verlangen, wird nach meinem Verständnis deutschen Interessen nicht gerecht und nicht deutscher Verantwortung für den Zusammenhalt des Bündnisses.

Unser Dilemma ist: Nicht wir, sondern andere treffen Entscheidungen über unsere Existenz. Unsere Hoffnung ist: In dieser Lage sind wir Deutsche nicht allein. Wir teilen sie mit allen Staaten Europas, die nicht über Atomwaffen verfügen. Alle Nicht-Atomwaffenstaaten haben das gemeinsame Interesse, nicht Geiseln zu werden, über die verfügt wird, und gleichzeitig die Bündnisse der Stabilität zu sichern. Sie erkennen, daß es gemeinsame Interessen des Friedens mit allen Staaten gibt, daß es unterschiedliche Rechte der Atommächte gibt und daß daraus unterschiedliche Interessen der Nicht-Atommächte erwachsen.

Damit komme ich zu den Folgerungen: "Die Entspannung, um die es uns vordringlich geht, ist immer europäische Politik"; ich übernehme diesen Satz der nachdenklichen Rede des Regierenden Bürgermeisters. Die Erfahrung seit dem Bau der Mauer zeigt, daß Entspannung auch weiterhin vordringlich bleibt. Gegenüber der DDR und anderen, zumal wir die Sowjetunion weder an den Verhandlungstisch bomben noch an den Verhandlungstisch rüsten können.

"Wir werden niemandem erlauben, Abgrenzungen und Mauer dazu zu benutzen, um Konfrontation und Gefahr in unserer Zeit zu erhöhen." Auch dieser Satz von Weizsäckers gilt, besonders wenn die Ablehnung von größerer Konfrontation und Gefahr, da wir keine Erlaubnis zu erteilen haben, bescheiden als unser fester gemeinsamer Wille erklärt wird, gegenüber allen anderen Bestrebungen, wo immer wir sie finden.

Einen weiteren Gedanken von Weizsäckers möchte ich aufnehmen: "Es gibt keine Berlin- und Deutschlandpolitik, die sich von der politischen Großwetterlage in Europa unabhängig machen könnte." Das ist wahr. Aber wahr ist auch, daß die Deutschen eine sehr große Verantwortung haben, die Großwetterlage in Europa positiv zu beeinflussen, ähnlich wie sie es vom Passierschienenabkommen bis zum Vier-Mächte-Abkommen, vom Grundlagenvertrag bis zur Schlußakte von Helsinki getan haben. Europa darf keine Entschuldigung für Resignation sein, sondern Ansporn.

Der Bundeskanzler hat wiederholt erklärt, die Deutschen dürfen nichts tun, was so aussähe, als wollten wir Mitsprache über Atomwaffen bekommen. Die Verantwortung müßte bei denen bleiben, die allein entscheiden. Er hat Recht. Wir dürfen uns, wie bei den Vier-Mächte-Verhandlungen, nicht anmaßen, über Rechte zu verhandeln, die uns nicht gehören. Aber wir müssen und können bei den Raketen wie damals unsere vitalen Interessen wahrnehmen, damals wie heute gemeinsame wie unterschiedliche Interessen.

Die gewachsene deutsche Verantwortung führt zu dem Wunsch, daß die Verhandlungen über Atomwaffen ähnlich wie die Verhandlungen über das Vier-Mächte-Abkommen von denen begleitet werden, die keine Rechte, aber vitale Interessen haben. Es wäre nicht mehr als gerecht, daß die Atommächte ähnlich wie beim Vier-Mächte-Abkommen auch gegenüber den Nicht-Atommächten Verpflichtungen eingehen. Das gilt europäisch. Aber wenn andere dies nicht wollen, würden die gewachsene Selbstbestimmung und die gewachsene Verantwortung uns als Bundesrepublik Deutschland auch in die Lage versetzen, unsere vitalen Interessen selbst wahrzunehmen. Andere werden es nicht tun.

Von der Mauer über das Vier-Mächte-Abkommen bis heute - wir haben immer unsere Verantwortung für Deutschland gesehen. Wir werden sie tragen und ihr am besten gerecht werden, wenn wir sie europäisch sehen, im Zusammenwirken mit allen unseren Nachbarn, deren Schicksal unser Schicksal ist.

(-/17.8.1981/hf/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

